

Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis 1997

Rede von **Ursula SCHLEICHER**
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Es ist mir eine große Freude, bei der diesjährigen Verleihung des Menschenrechtspreises sprechen zu dürfen und bedanke mich ganz herzlich im Namen des Präsidenten des Europäischen Parlaments, José Maria Gil-Robles Gil-Delgado, für die Einladung.

Aber zunächst einmal ein großes Dankeschön im Namen der Menschenrechte an die Adresse der Stadt Nürnberg. Nürnberg ist ja nicht nur für seine Kunst und Architektur bekannt, diese Stadt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auf der ganzen Welt zu einem Symbol der Aussöhnung. Deshalb ist der Einsatz Nürnbergs für die Menschenrechte, die an diesem Ort mit Füßen getreten und später rehabilitiert wurden, von ganz besonderer Bedeutung.

Sie haben ein hochrangiges Publikum geladen, und ich hoffe, daß wir Anwesenden uns einig darüber sind, der Jury für die Auswahl der diesjährigen Preisträger zu danken. Weil die beiden furchtlos für den Frieden und die Achtung der Menschenrechte eingetreten sind, werden sie heute ausgezeichnet. Als Kämpfer für die Aussöhnung im Nahen Osten. Meine Rede gibt mir die Möglichkeit, den Friedensprozeß im Nahen Osten aus der Sicht der Europäischen Union und ganz besonders natürlich des Europäischen Parlamentes darzustellen.

Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die strategische Lage dieses "geographischen Angelpunktes" Asiens, Europas und Afrikas seit der Antike eine Schlüsselrolle spielte. Es handelt sich dabei um eine Region, die aufgrund ihrer Erdölvorkommen zu den wohlhabenden der Welt zählt und deshalb schon immer die Begierde Dritter erregte. 1991 wurde durch den Golfkrieg vorübergehend die Hegemonie des Petro-Dollars der Islam-Staaten wieder gefestigt. Doch drohte damals bereits eine neue Entwicklung durch wirtschaftlich-religiös motivierte Einflüsse den Frieden wieder in Frage zu stellen. Wenn ich heute vom Nahen Osten spreche, dann beziehe ich mich geographisch nur auf die sogenannten Maschrik-Staaten (Ägypten, Libanon, Syrien und Jordanien) sowie Israel und Palästina.

Auch chronologisch beziehe ich mich auch nur auf die Zeit nach der Konferenz von Madrid im Oktober 1991 bis heute, d.h. auf das jüngste Kapitel in der Geschichte des Friedensprozesses im Nahen Osten.

Unter weltpolitischen Gesichtspunkten ist ein zentraler Gesichtspunkt nicht zu vergessen, der das komplexe Bild dieser Region mitprägt:

Es zeigt sich, daß die Dynamik der Veränderungen eng mit der Entwicklung der internationalen Großmachtssysteme verknüpft ist, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs durch Europa, von 1950 bis 1990 durch die Rivalität zwischen der Sowjetunion und der USA und heute durch die Hegemonie der Vereinigten Staaten und ihrer privilegierten Alliierten in dieser Region geprägt ist. In diesem Prozeß spielt die Europäische Union seit der Konferenz von Madrid im Oktober 1991 eine herausragende Rolle. Diese Nahost-Friedens-Konferenz wurde als eine der bedeutendsten weltpolitischen Ereignisse zu Beginn des letzten Jahrzehnts dieses Jahrtausends gefeiert.

Damit verbunden waren nicht nur vielfältige Aktionen der europäischen Institutionen, der Versuch eine neue regionale Ordnung im Nahen Osten zu schaffen, zahlreiche Konferenzen folgten, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den sozialen Fortschritt der beteiligten Völker steigern sollten. Trotz all dieser Versuche ist der Nahe Osten noch immer das Pulverfaß der Welt.

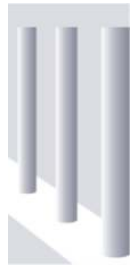
Aus der Sicht der Partner sind die Friedensvereinbarungen nicht ausreichend. Frustrationen waren nicht zu vermeiden und bereiten den Boden für weitere Gewaltakte. Soziale Ungleichheiten, ethnische Konfliktlagen und mangelhafte demokratische Entwicklungen tragen zusätzlich zur Instabilität der gesamten Region bei.

Eine zweite Verhandlungsphase lief 1993 mit dem "Weg von Oslo" an. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens im August 1993 im israelischen Kabinett Rabin wurde die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO nunmehr unumgänglich. Wir arbeiten in verschiedenen Delegationen, die sich aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den jeweiligen Abgeordneten in den nationalen



NÜRNBERG
STADT DES FRIEDENS
UND DER
MENSCHENRECHTE

NUREMBERG
CITY OF PEACE
AND HUMAN RIGHTS



Parlamenten im Nahen Osten zusammensetzen. Diese Delegationen gibt es u.a. für Israel, für die Maschrik-Länder und Golfstaaten und nun auch mit dem Palästinensischen Legislativrat. Das Europäische Parlament pflegt zu diesen nationalen Kollegen nützliche Kontakte, um Brücken für eine friedliche Lösung zu bauen. Bei diesen parlamentarischen Treffen wurden jeweils die Spitzen der Regierungen angehört und zu ihren Positionen befragt, um deren politischen Absichten zu verstehen.

Kurz nach der Unterzeichnung der "Erklärung der Prinzipien" von 1993 hatten sowohl der israelische Premierminister Rabin als auch der PLO-Präsident Arafat Gelegenheit bekommen, vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg ihre Positionen darzulegen. Mit einem Gegenbesuch konnte der damalige Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, die Aktivitäten der europäischen Institutionen in Gaza, Jericho und Jerusalem darlegen, um eine ausgewogene Lösung der Palästina-Frage anzustreben.

Nach 1993, mit dem historischen Händedruck Arafats und Rabins unter dem befriedigten Lächeln des amerikanischen Präsidenten Clinton vor dem Weißen Haus in Washington, sahen viele schon die rosige Zeit eines dauerhaften Friedens anbrechen. Viele unterschiedliche Aktionen von seiten der Europäischen Union hatten zu diesem vermeintlichen Erfolg mit beigetragen. Die Hoffnungen der Menschen in den betroffenen Regionen hingen an den Lippen ihrer beiden Staatsmänner, die bei keiner ihrer Taten die Vision "Aussöhnung" aus den Augen verloren. Seit dem brutalen Tod Yitzhak Rabins gibt es jedoch kaum mehr einen amtierenden Politiker, dessen Zukunftsvision "Frieden" heißt. Egoistische nationalistische Starrköpfigkeit in beiden Konfliktlagern hat der ohnehin schwächlichen Friedenstaube des Nahen Ostens die Flügel gestutzt. Das winzige Pflänzchen Hoffnung eines dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern wird mit jeder neuen palästinensischen Bombe, jeder neuen israelischen Häuserzeile in den besetzten Gebieten auf dem Boden zertrampelt. Trotzdem und gerade weil der Friedensprozeß im Nahen Osten von vielen totgeglaubt und -geredet wird, setzt das Europäische Parlament seine Friedensinitiativen in der Region fort. Wir haben in diesem gesamten Prozeß unsere eigenen politischen Möglichkeiten genutzt, um die unterschiedlichen politischen Parteien im Nahen Osten einander näherzubringen. Wir beziehen weiter Stellung gegen verrückte Selbstmordattentate, wir geißeln weiter den israelischen Siedlungsausbau in den besetzten Gebieten als ein falsches Zeichen an die Palästinenser. Das Europäische Parlament will ein demokratisches Forum bleiben, in dem beide Konfliktparteien frei ihre Meinung äußern können.

Der Dialog zwischen den Gebieten darf nicht abreißen: das Sprechen und Zuhören, das erstaunte Revidieren von Vorurteilen im Gespräch zwischen Menschen. Anstatt Waffen in dieses instabile, krisengeschüttelte Gebiet zu liefern, sollten sich allerdings alle Unionsmitglieder heute einig sein, nur noch finanzielle, technische und intellektuelle Hilfe beim Aufbau einer stabilen Region zu leisten. Genau das hat das Europäische Parlament bei den Wahlvorbereitungen im autonomen palästinensischen Gebiet erfolgreich getan.

Es hat auch dafür gesorgt, daß Verfassungsexperten aus EU-Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung einer grundlegenden Verfassung hinzugezogen wurden. Außerdem wurden Haushaltstitel in der Europäischen Union erweitert, um finanzielle und technische Hilfe zu leisten.

Das Europäische Parlament arrangierte 1997 in Straßburg ein symbolisches Treffen zwischen israelischen Abgeordneten und Mitgliedern des Palästinensischen Legislativrates. Im Februar 1997 war es nun wichtig, eine Unterstützung für jede Form des Dialogs zu ermöglichen, um den Friedensprozeß wieder aufzunehmen.

Der von der Europäischen Union eingesetzte Sonderbeauftragte im Nahen Osten, Botschafter Miguel Ángel Moratinos, versuchte von Anfang seines Auftrags an eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten. Dank vieler unterschiedlicher Aktionen, die durch die Europäische Union und das Europäischen Parlament einschließlich des Sonderbeauftragten durchgeführt wurden, sind wir die wichtigsten Baumeister des Friedensprozesses geworden. Im April 1997 kam es mit Hilfe des Sonderbeauftragten der Union zu der Abfassung von 10 Punkten für einen Verhaltenskodex, der sowohl von Israelis sowie auch Palästinenser eingehalten werden soll. Dieser Kodex wurde gegenüber den Vereinigten Staaten auch als vertrauensbildende Maßnahme vorgestellt, um den Dialog wieder in Gang zu bringen, der für fast ein Jahr zum Stillstand gekommen war. Diese Initiative, ist trotz mangelnder gemeinsamer Außenpolitik von allen 15 Staaten der Europäischen Union mitgetragen worden und gilt auch gegenüber den USA als eine neue Grundlage für eine europäische Philosophie. Durch diese Initiative wollte die Europäische Union sich selbst als politischer Partner anbieten, um den Friedensprozeß voranzutreiben. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Versuch der



amerikanischen Außenministerin Albright in Nahost zu verstehen, die Friedensgespräche wieder in Gang zu bringen. Die Europäische Union hat sie in ihrem Anliegen unterstützt und sie ihrerseits in ihren Bemühungen nicht alleine stehen lassen. In seinem Brief an die Vereinigten Staaten erwähnte der Luxemburgische Ratspräsident, im Namen der "Fünfzehn" einen europäischen Vorschlag, ein ständiges Sicherheitskomitee zu schaffen, um in der Krise ein gemeinsames Vorgehen mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu ermöglichen. Er hat damit den Appell des Europäischen Rates vom Juni 1997 zum Frieden in Nahost vorgetragen.

Die wichtigsten Punkte davon sind:

Das Recht aller Staaten und Völker in dieser Region auf ein Leben in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen,
die Achtung des legitimen Wunsches der Palästinenser, ihre Zukunft selbst zu bestimmen,
die Anwendung des Grundsatzes Land gegen Frieden,
keine Hinnahme gewaltsamer Gebietsaneignung,
die Achtung der Menschenrechte,
die Ablehnung jeder Form von Terrorismus,
gut nachbarliche Beziehungen,
die Erfüllung bestehender Vereinbarungen und
die Ablehnung kontraproduktiver einseitiger Initiativen.

In diesem Zusammenhang sind so die beiden Konferenzen der Europäischen Union und der Mittelmeeranrainerstaaten von Barcelona und Malta besonders hervorzuheben, denn sie haben ein Rahmenwerk geschaffen, um auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet eine enge Bindung zwischen den beiden neuen Partnern zu formen.

Dieser Beginn eines Prozesses in Barcelona war keineswegs nur ein Medienereignis oder ein isolierter politischer Akt. Angesichts der großen Schwierigkeiten im Nahen Osten, sind die Fortschritte, die bis zur Gegenwart erreicht wurden, beträchtlich. Es ist wichtig festzustellen, daß während der letzten 22 Monate der Barcelona-Prozeß in einem extrem schwierigen politischen Kontext das einzige Forum war, in dem alle Beteiligten aus der Region in einem konstruktiven Geist arbeiteten. Ein Dialog, der durch die Europäische Union geschaffen wurde. Etwas was in der Vergangenheit undenkbar schien!

Es geht nun darum, einen wirklichen Dialog zwischen den Zivilisationen und den Religionen zu entfalten: die Zukunft der euromediterranen Beziehungen wird in hohem Maße von dem gegenseitigen Verständnis unter den Völkern des jüdischen, islamischen und christlichen Glaubens abhängen. Glaube, Kultur und Politik sind auf das engste mit einander verflochten. Der Wiederaufbau in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war nur möglich dank der großzügigen Hilfe seiner ehemaligen Kriegsgegner. Die Care-Pakete und die technische Hilfe beim Wiederaufbau des zerstörten Landes waren das Fundament für 50 Jahre Frieden in Europa. Deutschland wurde von seinen Besiegern nicht künstlich klein und arm gehalten, es wäre unzufrieden geworden und hätte erneut aufbegehrt. Die Gründungsväter Europas hatten ihre Lektion aus der Geschichte gelernt. Ihnen war klar, daß es einen wahren Frieden zwischen Unterdrücker und Unterdrückten nie geben wird. Deshalb verwirklichten sie ihre Friedensvision eines freien demokratischen und solidarischen Europas, auch ohne irgendwelche Vorausgarantien zu bekommen. Sie hatten den Traum von einer Gemeinschaft Gleichberechtigter und haben ihn, allen nationalen Unterschieden zum Trotz, Stück für Stück verwirklicht. Immer wieder war es nur der Dialog zwischen den unterschiedlichen Interessenparteien, der die entscheidenden Fortschritte für Europa gebracht hat. Diese Botschaft tragen die beiden Preisträger in den Nahen Osten. Ohne Menschen wie sie, hätte der Frieden im Nahen Osten weder Kopf noch Arme. Für den kritischen Dialog und die Einsicht, daß nur soziale Gerechtigkeit der Region Frieden bringen wird, will auch das Europäische Parlament weiter kämpfen.

Wir sprechen so viel von Humanität und Menschenrechten. Ich bin fest davon überzeugt, daß jeder Mensch Gutes und Böses in sich trägt. Doch nicht immer kommt beides zum Tragen. Leider hat oft das Böse mehr Anhänger als das Gute. Nach wie vor sind Grausamkeiten an der Tagesordnung. Wenn die Menschheit es schafft, das absichtlich Böse wirklich zu bekämpfen, hätte das Gute mehr Erfolg. Diese Feierstunde heute steht auf der Seite des Guten, um jene hervorzuheben, die für die Versöhnung ein leuchtendes Beispiel sind. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.